



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
12.08.2020
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Sachstandsbericht bzgl. der Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für  
Flüchtlinge  
gemäß Beschluss: 20/SVV/0518
- 3.2 Tank- und Rastanlage Havelseen  
Vorlage: 20/SVV/0893  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Sonstiges

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Frau Armbruster verweist darauf, dass der Oberbürgermeister weiterhin krankheitsbedingt abwesend ist, so dass sie die Sitzungsleitung übernimmt. Sie bittet die Verwaltung, Herrn Schubert namens des Hauptausschusses Genesungswünsche zu übermitteln. Anschließend eröffnet sie die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.08.2020**

Die stellervertretende Vorsitzende, Frau Armbruster, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt sie vor, diese um einen Sachstandsbericht zur Neubesetzung des Uferwegbeauftragten zu ergänzen.

Die zum Bericht des Oberbürgermeisters in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erbetene Aussprache im Hauptausschuss, soll auf Wunsch der Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit,

Frau Meier, erst in der nächsten Sitzung aufgerufen werden.

Im Weiteren, so Frau Armbruster gebe es zum Tagesordnungspunkt 3.1 - Sachstandsbericht bzgl. der Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge, Anträge auf Rederecht von Herrn Wohlfahrt, Seebrücke und Frau Pohle, Migrantenbeirat.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen und Anträge auf Rederecht erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 24. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 12.08.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### **zu 3            Mitteilungen der Verwaltung**

#### **zu 3.1        Sachstandsbericht bzgl. der Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge gemäß Beschluss: 20/SVV/0518**

Eingangs erhalten Herr Wohlfahrt, Seebrücke und Frau Pohle, Migrantenbeirat, das Rederecht.

Herr Wohlfahrt betont die Notwendigkeit der Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften und begründet die Unterstützung der Initiative Seebrücke für dieses Anliegen.

Frau Pohle verweist auf die schriftlich ausgereichte Stellungnahme des Migrantenbeirates und der Integrationsbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam zum Entwurf der Umsetzung des Beschlusses 20/SVV/0518 und den ebenfalls ausgereichten Anhang, in dem Auszüge aus den integrationspolitischen Beschlüssen, Empfehlungen und Konzepten in der Landeshauptstadt Potsdam bzw. im Land Brandenburg aufgeführt werden.

Sie betont, dass die jetzt avisierten Maßnahmen eine Arbeitsgrundlage auf dem Weg zum eigentlichen Ziel sei, alle Flüchtlinge mit Wohnungen zu versorgen. Anschließend erläutert Frau Fisch, Arbeitsgruppe Wohnungsnotfallhilfe, an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) den Maßnahme- und Zeitplan zur Umsetzung des Beschlusses zur Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte und erläutert die Arbeitsstruktur, die Verteilung der aktuellen Plätze zwischen wohnungsähnlich und nichtwohnungsähnlich, die notwendigen Veränderungen, die zeitliche Übersicht der möglichen Veränderung für heute nichtwohnungsähnliche Gemeinschaftsunterkünfte (Umbau und Neuanmietung) sowie die Übergangsmaßnahmen und die finanziellen Auswirkungen.

Anschließend beantworten sie und die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, so von Herrn Kube zur Mittelfristplanung des Standortes in der David-Gilly-Straße, von Herrn Said zu den in die Planung einbezogenen Wohngebieten und Herrn Heuer zu den Konsequenzen für die

Erstaufnahmekapazitäten.

Abschließend verweist Frau Armbruster auf die vereinbarte halbjährliche Berichterstattung, so dass der Hauptausschuss im Februar 2021 wiederum über den Sachstand informiert werde.

### **zu 3.2 Tank- und Rastanlage Havelseen**

#### **Vorlage: 20/SVV/0893**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, erläutert die dazu vorliegende Mitteilungsvorlage und verweist darauf, dass es sich um eine erste Information zu diesem Vorhaben handele.

Herr Walter bittet um die Überweisung der Mitteilungsvorlage in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität sowie in die betroffenen Ortsbeiräte, da dieses Vorhaben bislang keine Rolle in den Gremien gespielt, aber entsprechende Auswirkungen in vielerlei Hinsicht habe.

Im Weiteren nimmt Herr Spira für den Ortsbeirat Satzkorn dazu Stellung und erläutert die zu befürchtenden Nachteile für die umliegenden Ortsteile. Er bittet nachdrücklich darum, dieses Vorhaben nicht nur fachlich sondern auch politisch zu betrachten und die Rahmenbedingungen genau zu prüfen.

Herr Rubelt betont, dass es sich um eine erste Information handele und alle Beteiligten am Anfang der Thematik stehen. Auf die Nachfrage von Herrn Kube, welches Mitspracherecht die Landeshauptstadt habe, entgegnet er, dass die Stadt im Rahmen des erforderlichen Planfeststellungsverfahrens als Träger öffentlicher Belange zu diesem Vorhaben Stellung nehmen werde.

Auf eine Überweisung der Mitteilungsvorlage in den o.g. Ausschuss und die betroffenen Ortsbeiräte wird verzichtet, da die Gremien im Zuge des Selbstbefassungsrechtes die Thematik in die Tagesordnung aufnehmen können.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 4 Sonstiges**

#### **Sachstandsbericht zur Neubesetzung des Uferwegbeauftragten**

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, informiert, dass das Besetzungsverfahren für den Uferwegbeauftragten Ende September/Anfang Oktober geplant sei und er auf eine zügige Einstellung des dann ausgewählten Bewerbers hoffe.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg informiert Herr Jetschmanegg, dass insgesamt 21 Bewerbungen eingegangen seien, davon 9 weibliche und 12 männliche Bewerber/innen.